

„Bald wird es mehr Gremien als Angehörige der Volksgruppe geben. Ich war sechs, sieben Jahre in diesen Gremien und immer werden die gleichen Dinge wiedergekaut und wiederholt.“

Jug kündigt Rückzug aus Politik an

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, 11. 7. 2024)

„Der Vorsitzende des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten/ Zveza slovenskih organizacij na Koroškem (ZSO), Manuel Jug, kündigt in der neuesten Ausgabe der slowenischen Wochenzeitung „Novice“ seinen Rückzug aus der Volksgruppenpolitik an.

In einem ausführlichen Interview erklärt Jug, dass er „keine Lust und kein Interesse mehr an Politik“ habe. In dem Gespräch mit dem Chefredakteur der Wochenzeitung, Sebastjan Trampusch, kündigt Jug an, dass er bei der Generalversammlung Ende des Jahres oder spätestens im Januar 2025 nicht mehr kandidieren wird.

Er habe die Gremien des ZSO bereits über seinen Rückzug informiert, so Jug laut dem Bericht in der Wochenzeitung „Novice“.

„Ich habe keine Lust und Interesse mehr an der Politik“

(aus Novice, Klagenfurt, Nr.29, S.3; 19.7.2024; Auszugsweise Übersetzung; A.d.Ü.)

Aussagen von Manuel Jug:

- „Bald wird es mehr Gremien als Angehörige der Volksgruppe geben. Ich war sechs, sieben Jahre in diesen Gremien und immer werden die gleichen Dinge wiedergekaut und wiederholt.“
- Beim Besuch der slowenischen Präsidentin Pirc Musar:
„Wir kamen mehr als 15 Vertreter der Volksgruppe. Jeder hat das Seinige gesagt, teilweise dieselben Dinge. Viele haben zu glänzen versucht und sich als solche hinzustellen, die für die Volksgruppe am meisten geleistet haben. Ich bin kein Mensch, der sich selber loben würde.“

Jug über die österr. Politik:

- „Mit den Kärntner Slowenen gewinnst du nicht bei den Wahlen, aber du verlierst sie auch nicht. Wir sind nicht unter den einhundert wichtigsten politischen Themen in Österreich.“
- „Wir müssen uns bewusst sein, dass es notwendig sein wird, in den Familien Slowenisch zu sprechen und dass wir die Verantwortung für die Erhaltung der Sprache nicht auf die Kindergärten, Schulen und Politik abwälzen dürfen.“